

## Postkutschendemokratie

### *Das Thema*

Postkutschendemokratie — was soll das bedeuten? Es soll ein etwas schmerzender Name für die gegenwärtige Form der Demokratie sein, die so antiquiert ist, daß sie dem Wähler in den meisten demokratischen Staaten nicht mehr Ausdrucksmöglichkeiten und Entscheidungsfunktionen gibt als in den Zeiten der Postkutsche üblich war. Als die Postkutsche noch das herrschende Verkehrsmittel war und die Eisenbahnstrecken der ganzen Welt gerade 1000 km lang waren — 1832 —, bestanden in den USA und in England im wesentlichen bereits die Modelle der Demokratie mit ihren Wählerrechten, ihren Parlamenten und ihrer Gewaltenteilung, die noch heute gültig sind. An der rechtlichen Ausgestaltung dieser Modelle hat sich nicht viel mehr geändert, als daß manche zunächst noch bestehenden Beschränkungen der Allgemeinheit und Gleichheit des Wahlrechts allmählich fortgefallen sind — insbesondere ist das Wahlrecht auf diejenigen, die kein Mindesteinkommen nachweisen können, und auf die Frauen ausgedehnt worden.

*Robert Jungk* sagt über unsere Zeit: „Wir leben in einem Zeitalter, das ebenso durch Kühnheit des schöpferischen Geistes auf den Gebieten der Naturwissenschaften gekennzeichnet ist wie durch Ängstlichkeit im gesellschaftspolitischen Denken. In einer Welt des beschleunigten Wandels und der Überraschungen, die durch immer neue Erfindungen auf dem Gebiete der Technik charakterisiert ist, müßte die soziale Phantasie eigentlich Oberstunden machen, um wenigstens auf dem Papier mit dem stürmischen Tempo eines tatkräftigen, aber richtungsblinden Fortschrittes mitzukommen“<sup>1)</sup>.

Um das Gleichgewicht für das gedeihliche Zusammenwirken von Einzelnen, führenden Gruppen und Volk herzustellen, muß etwas geschehen, um der bisher nach dem Stand des Postkutschenzeitalters ausgestatteten demokratischen Komponente mehr Entscheidungsfunktionen zu geben. Erfindungen und Fortschritte auf diesem Sektor sind notwendig. Die Aufmerksamkeit sollte weniger den relativen Machtanteilen der Wählerschaft, der führenden Gruppen und der hervorragenden Einzelnen dienen als der Aufgabe, daß jede dieser Komponenten in steigendem Maße Energien zur Anpassung unserer Gesellschaft an die Zeiterfordernisse beiträgt. So wenig die Mehrheit der Wähler auch von den Details unserer staatlichen Ordnung weiß, sie ist schlau genug, um zu spüren und zu empfinden, daß es rückständig und nicht billig ist, ihr so wenig an Ausdrucksmöglichkeiten und Entscheidungsfunktionen zu bieten, und reagiert mit einer entsprechenden kühlen Zurückhaltung ihres Engagements gegenüber Staat, Parteien und Verbänden.

Bestrebungen, die unbestrittene Tatsache zu berücksichtigen, daß die Befähigung zu politischem Urteil sehr ungleich in der Wählerschaft verteilt ist, haben sich seit mehr als einem Jahrhundert als Sackgasse für viele Reformversuche erwiesen. In all den gescheiterten Versuchen, „gerechte“ und in der Praxis hinreichend einfach zu handhabende Maßstäbe für eine Abstufung des Wahlrechts nach der Befähigung zum politischen Urteil zu schaffen und durchzusetzen, ist viel guter Wille fruchtlos aufgerieben worden.

### *Perfektionismus*

Diejenigen, die auf die Gefahren der in der Bundesrepublik allzuweit verbreiteten politischen Lauheit und Apathie hinweisen, haben sich mit einer Reihe von Einwänden auseinandersetzen: „Perfektionismus“, „illusionäres Wunschenken“, „nicht mehr zeit-

1) Blick ins Jahr 2000, in „Zürcher Woche“, vom 13. 2. 1959, S. 2. In die gleiche Richtung weisen viel beachtete Äußerungen von W. Dirks, die erst kürzlich in den Gewerkschaftlichen Monatsheften zitiert worden sind: Sept. 1961, S. 533/34.

gemäß Rationalismus“. Ein Blick auf unsere Geschichte dürfte zeigen, daß das Versäumen rechtzeitiger Reformen uns so sehr geschadet hat, daß wir alle Veranlassung haben, notwendige Reformen rechtzeitig zu erkennen und zu verwirklichen. Durch einen allzulangen Zeitraum hindurch hat sich die Mehrheit der Deutschen damit zufriedengegeben, daß die Staatsmaschine gut zu laufen schien. Wir hätten alle Veranlassung, denen, die uns mit dem Vorwurf des Perfektionismus von Reformen unserer politischen Ordnung abbringen wollen, den Nachweis abzuverlangen, daß sie nicht aus Leichtsinne und nicht zur Verteidigung bestimmter Interessen gesprochen haben. Zugegeben — mehr als ein Kompromiß wird nicht zu erreichen sein; eine vollkommene menschliche Gesellschaft werden wir nie verwirklichen. Aber diese Tatsachen befreien uns nicht von der Notwendigkeit zu prüfen, ob unser Zusammenleben nicht durch einige Reformen etwas sinnvoller und lebenswerter gestaltet werden kann<sup>2)</sup>.

### *Innerparteiliche Demokratie*

Es wird eines Tages vielleicht darauf ankommen, ob unsere Bevölkerung davon überzeugt ist, hier ihr Schicksal selbst gestalten zu können und im Gegensatz zum östlichen System nicht das Spiel- und Werkzeug ehrgeiziger Parteiführungen zu sein. Wie steht es jetzt in dieser Hinsicht?

Die kaum zu überschätzende Arbeit der Meinungsforschungsinstitute hat uns gezeigt, daß unsere Bevölkerung hinsichtlich ihres Einflusses auf das, was die Regierung tut, recht skeptisch ist. Die Mehrheit der Bevölkerung ist davon überzeugt, daß die Parteien nicht oder nur teilweise die Wünsche der Wähler respektieren und daß „die da oben“ sich wenig um den Willen der Wähler kümmern. Diese Aussagen sind im Grunde wichtiger als die hohe Wahlbeteiligung und die Tatsache, daß nur etwa 3 vH der Wahlberechtigten politischen Parteien angehören. Es wäre beruhigend, wenn sich abzeichnete, daß Wähler und Parteiführungen sich in einer Entwicklung befinden, die zur erhöhten Identifikation der Wähler mit den Gewählten führt. Das Gegenteil scheint aber leider der Fall zu sein. Zwar nimmt der Anteil der grundsätzlichen Gegner der Demokratie weiter ab, die Beschäftigung mit Fragen der Demokratie nimmt zu, aber die Gesamtentwicklung dürfte mehr auf eine Zunahme der Entfremdung zwischen Parteiführungen und Volk hinauslaufen als auf stärkere Identifikation. In diesem Prozeß sind die Vorstellungen über die Handhabung der demokratischen Spielregeln innerhalb der Parteien und Verbände ein gewichtiger Faktor, der eine besondere Betrachtung verdient. Angesichts der Überfülle von Aufgaben und dem immer wieder bedrängenden Zwang, risikoreiche Entscheidungen zu treffen, ist es verständlich und berechtigt, daß die Parteiführungen ein Minimum an Zeit und Kraft an Störer der Kontinuität ihrer Arbeit verlieren wollen. Sie erreichen das durch virtuose Handhabung der demokratischen Spielregeln bei Wahlen und Beschlüssen innerhalb der Parteien — mit dem erwünschten Erfolg, aber mit der Nebenwirkung, daß die Parteien klein bleiben, weil allzuvielen Interessierten keine Chance zur *befriedigenden* Mitarbeit sehen<sup>3)</sup>. Für Außenstehende verzerrt eine bis zur letzten Raffinesse gestaltete und praktizierte Handhabung der Spielregeln das Antlitz der Demokratie zur Demokratur.

### *Man traut dem Wähler nichts zu*

Das Vertrauen zur demokratischen Komponente, zur Einsicht und Lauterkeit des Wählers und der Respekt vor der Unentbehrlichkeit seines guten Willens und seiner bereiten Standhaftigkeit machen zur Zeit eine schwere Krise durch. Hieran ist nicht nur

2) Quaroni, Kultur und Politik, in der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 21. 12. 1960.

3) Jürgen Seifert, Innerparteiliche Opposition, „Frankfurter Hefte“ 1960, November, S. 765 ff.

die in den vergangenen Jahrzehnten mehrfach festgestellte Anfälligkeit und Verleitbarkeit des Wählers schuld. Die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung, und zwar insbesondere der Meinungsforschung und verwandter Disziplinen, haben den naiven und illusionären Optimismus über das politische Wissen der Wähler und die Möglichkeiten der politischen Erziehung schockartig diskreditiert. Das Röntgen der Wähler durch die Demoskopen hat gezeigt, daß der Durchschnittswähler erschreckend wenig von den wichtigsten politischen Tatsachen und Begriffen weiß und daß von der Flut der politischen Erziehung nur Spuren bei ihm hängenblieben. Es ist verständlich, daß die Gesamtheit dieser Erfahrungen es wachen Geistern verleidet hat, irgendwelche Hoffnungen und größere Erwartungen auf den Wähler zu setzen, und daß sie einen Ausweg darin gesucht haben, die politische Ordnung weniger auf den Wähler als auf die aktiven Minderheiten wie die politischen Parteien zu stützen. Aber man beachte wohl, daß ein in diesen Bestrebungen so führender Kopf wie *Leibholz* es bereits vor langen Jahren als notwendig bezeichnet hat, der Gefahr der Entartung der Parteien in „zentralistisch und autoritär geleitete diktatorische Organisationen“ durch nachhaltige Anstrengungen um einen demokratischen Aufbau innerhalb der Parteien entgegenzutreten, d. h. insbesondere Willensbildung von unten nach oben<sup>4</sup>). Zu einem ähnlichen Ergebnis ist *Fraenkel* in seiner schönen Analyse „Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat“ gekommen. Er kennzeichnet das Grundgesetz als „super-repräsentative“ Verfassung<sup>5</sup>), deren Entartung nur durch das Gegengewicht einer ausreichenden Willensbildung von unten nach oben innerhalb der Parteien aufgehalten werden kann. Wenn der demokratische Aufbau innerhalb der Parteien nicht zu sichern ist, „dann besteht die Gefahr, daß die Wahl zum Parlament nur die Folie ist, hinter der die plebiszitäre Auswahl des «Führers» erfolgt“.

Angesichts des Ernstes, mit dem diese und viele andere Autoritäten auf die Notwendigkeit einer ausreichenden Stellung der demokratischen Komponente im internen Parteileben hinweisen, ist der Frage nicht auszuweichen, wie es um den demokratischen Aufbau innerhalb der Parteien steht. Es wird keine Parteiführung geben, die nicht von sich behauptet, für eine ausreichende Verwirklichung demokratischer Gedankengänge innerhalb der Partei einzutreten. Es ist das gute Recht jeder Parteiführung, von der Richtigkeit ihrer Ansichten überzeugt zu sein und sich die übermenschliche Arbeitslast nicht mutwillig dadurch zu erschweren, daß sie ohne Not mehr Leute mitreden läßt, als sie für zweckmäßig hält. So ist es verständlich, jedoch nicht weise, daß die beiden großen Parteiführungen es im Entwurf des Parteiengesetzes vermieden haben, sich selbst Fesseln anzulegen<sup>6</sup>), ihre eigene Macht zu beschränken.

Es zeichnet sich kein realer Weg ab, wie den Parteiführungen aufgezwungen werden kann, ein Maximum an innerparteilicher Willensbildung von unten nach oben einzuführen. Keine Parteiführung wird den Anfang machen, u. a. weil sie fürchtet, die zum Erfolg notwendige einheitliche Linie der Arbeit der Partei in Parlamenten und Ausschüssen zu verlieren. An der Kräfteverteilung im internen Parteileben sind die autoritäre und die demokratische Komponente beteiligt und werden es bleiben. Auf die Dauer wird es im staatlichen Aufbau vielleicht mehr Demokratie geben als innerhalb der Parteien, denn den Parteiführungen sind Wahlerfolge wichtiger als Mitgliederzahlen, und wenn es wahlwirksam ist, werden die Parteiführungen dem Wähler mehr Ausdrucksmöglichkeiten und Entscheidungsfunktionen einräumen.

Im Gegensatz zu *Leibholz* und *Fraenkel* sieht *Hennis*<sup>7</sup>) in der innerparteilichen Demokratie keine Schlüsselfrage. Das dürfte damit zusammenhängen, daß kein Autor die

4) *Leibholz*, Der Strukturwandel der modernen Demokratie, Karlsruhe 1952, S. 32/33 und Vorwort.

5) Tübingen 1958, S. 56, 58.

6) Bundesrichter Dr. Wims, Seide und Halbseide, Rheinischer Merkur, 6. 11. 1959.

7) Wilhelm *Hennis*, Meinungsforschung und repräsentative Demokratie, Tübingen 1957.

Konsequenzen aus den Ergebnissen der empirischen Sozialforschung so hart präsentiert wie Hennis: „Oder kann man sich bessere Argumente für die These wünschen, das Volk sei unfähig «sich selbst zu regieren», als die Ergebnisse der Meinungsumfragen, die solch erschreckendes Bild politischen Nichtwissens vor uns entrollt haben?“

*Mehr Vertrauen zum Wähler!*

Für die Stärkung der Ausdrucksmöglichkeiten und Entscheidungsfunktionen des Wählers fruchtbar scheinen mir die Reformvorschläge zu sein, die von der Überlastung des Plenums des Bundestages ausgehen und die Gesetzgebung mehr oder minder auf die Bundestagsausschüsse verlagern wollen. Nach der gegenwärtigen Rechtslage beschließt der Bundestag, welche Abgeordneten den einzelnen Bundestagsausschüssen angehören. Die ausgiebige Diskussion der Gesetzentwürfe erfolgt in den Ausschüssen; auch in Fragen, die ausschließlich Arbeitsbereiche von einem oder einigen Ausschüssen berühren, sind diese Ausschüsse jedoch nicht befugt, ein Gesetz zu beschließen — das ist dem Plenum des Bundestages vorbehalten. Würde man im Wege einer Änderung des Grundgesetzes den Bundestagsausschüssen das Recht einräumen, nach Koordinierung aller sachlich beteiligten Ausschüsse Gesetze zu beschließen, so täte sich die Möglichkeit auf, den Wählern einzuräumen, die Mitglieder der Bundestagsausschüsse unmittelbar zu wählen. Dabei wäre daran zu denken, daß der Wähler auf seinem Wahlzettel sämtliche Bundestagsausschüsse aufgeführt findet und sich dann für jeden Ausschuß entscheidet, ob er sein Kreuz in die Spalte der Partei A, B, C oder D einsetzt. Die Unzulänglichkeit, heute für alle Lebensbereiche seine Stimme nur einer Partei geben zu können, wäre dann überwunden. Ein erheblicher Teil der intelligenteren Wähler würde das begrüßen und von den verstärkten Ausdrucksmöglichkeiten genauso Gebrauch machen, wie die Wähler es tun, denen man in den Gemeinden die Chance zum Kumulieren und Panaschieren gegeben hat. Unbefriedigend wäre an einer solchen Regelung u. a., daß die weniger interessierten Wähler noch mehr überfragt würden, als das jetzt schon der Fall ist. Bei einem erheblichen Teil der Wähler würde es auch in langen Jahren nicht zu scharfen sein, eine präzise Vorstellung über die Aufgaben der einzelnen Ausschüsse zu erreichen, mit allen anderen unvermeidlichen Konsequenzen für Demagogieanfälligkeit usw.

*Spezialisierung der Wähler*

Sinnvoller wäre es deshalb, die Erweiterung der Ausdrucksmöglichkeiten und Entscheidungsfunktionen der Wähler so vorzunehmen, daß sie auf die Erschwerung der Lage des Wählers durch die fortschreitende Unübersichtlichkeit aller rechtlichen, sozialen und technischen Verhältnisse die gebührende Rücksicht nimmt. In unserer immer noch zunehmend arbeitsteiliger werdenden Welt haben die Kräfte, die sich der Arbeitsteilung nicht bedienen, an Einfluß verloren. Die notwendige Stärkung der demokratischen Komponente ist sinnvoll nur zu erreichen, wenn es auch der Wählerschaft ermöglicht wird, arbeitsteilig zu entscheiden<sup>8)</sup>. Unsere Zeit ist allmählich vom 19. Jahrhundert weit genug entfernt, um den folgenden Vorschlag nicht mehr als unvereinbar mit dem individuellen Wahlrecht verwerfen zu müssen: Jeder Wähler wird durch das Los oder eine genauso objektiv wirkende Prozedur einer Wahlgemeinschaft ständig zugeteilt, die für die Wahl *eines* Bundestagsausschusses zuständig ist<sup>9)</sup>.

8) G.-H.; Horn, Experimentelle Demokratie, in „Politische Studien“, 10. Jg., November 1959, S. 715—720.

9) Um nicht den „Bock zum Gärtner“ zu machen, kann man es den Wählern nicht überlassen, sich selbst auszusuchen, welcher Wahl gern einschaft sie angehören wollen; denn ein solches Verfahren würde dazu führen, daß die Angehörigen jedes Berufsstandes sich in die Wahlgemeinschaft des für sie zuständigen Bundestagsausschusses eintragen und sie beherrschen würden.

Diese Beschränkung des Wahlrechts jedes einzelnen auf *einen* Ausschuß würde auch der Wählerschaft die Vorteile der Arbeitsteilung zugänglich machen und dem Wähler die Überschaubarkeit seiner Aufgabe erleichtern. Eine sinnvollere und weniger der Demagogie ausgesetzte Ausübung dieses Wahlrechts wäre zu erhoffen. Im Ergebnis würde die gesamte Wählerschaft einen weit differenzierteren Einfluß auf die Politik ausüben, als das heute der Fall ist. Schwierig, aber nicht unmöglich, wären praktikable Lösungen für die Abgrenzung der Zuständigkeit der einzelnen Ausschüsse und die Koordinierung ihrer Arbeit. Um wahlentscheidend wirksam werden zu können, dürfte die Ausdehnung der Ausdrucksmöglichkeiten und Entscheidungsfunktionen der Wähler allerdings noch weitergehen müssen. Es ist heute technisch und finanziell möglich und tragbar, dem Wähler arbeitsteilig nicht nur die Wahl von Personen einzuräumen, sondern auch seine Ausdrucksmöglichkeiten und Entscheidungsfunktionen in Sachfragen zu erweitern. Für den Bereich jedes Ausschusses können innerhalb des für diesen Ausschuß „zuständigen“ Teiles der Wählerschaft Befragungen durchgeführt werden, bei denen zu den Sachfragen der Arbeit dieses Ausschusses Stellung zu nehmen ist.

Es kann daran gedacht werden, die vielleicht mehr als eine Million zählenden Mitglieder dieses Teiles der Wählerschaft sämtlich schriftlich zu befragen oder nur eine nach Zufallsmethoden ausgesuchte Stichprobe von einigen tausend Wählern, bei denen dann auch die Befragung durch Interviewer finanziell tragbar würde. Die Gestaltung könnte so erfolgen, daß die Befragungen nur eine Bereicherung der Ausdrucksmöglichkeiten des Wählers sind, die den Ausschüssen eine bessere Information über die Meinung ihrer Wählerschaft vermitteln sollen oder zusätzlich auch, daß zu geeigneten volksunmittelbaren Sachfragen den zuständigen Wählern die Entscheidungsfunktionen zuerkannt werden, z. B. einen Gesetzentwurf über die Todesstrafe oder über die Strafbarkeit der Abtreibung durch Zustimmung zum Gesetz zu erheben oder abzulehnen. Für die Überzeugung des Wählers, daß ihm so viel an Ausdrucksmöglichkeiten und Entscheidungsfunktionen zusteht, wie nach dem gegenwärtigen Stand möglich ist, wird es sehr wichtig sein, daß ein Teil der zu fällenden Entscheidungen seiner Verantwortung überlassen wird.

Zu der für unsere Zeit unentbehrlichen Idee des Teamwork gehört, daß man jedem im Werk eine Chance läßt, selbst etwas zu gestalten und zu entscheiden. Wenn die führenden Einzelnen in Parteien, Regierung und Expertenstäben sich auf die Dinge konzentrieren, die die Vielen mangels Sachkenntnis nicht entscheiden können, haben die Wenigen bereits eine Aufgabe, die ihre Kräfte weit übersteigt — es kann also billigerweise von ihnen verlangt werden, daß sie sich die Entscheidung in den Fragen versagen, die die Vielen entscheiden können. Demokratie besteht nur bei beiderseitigen Verzichten. Leider wird man in diesen Fällen auf die viel gründlichere Kenntnis aller Zusammenhänge und das differenziertere Verantwortungsbewußtsein der Wenigen verzichten müssen.

Aber in heiklen Grundproblemen, wie Todesstrafe und Abtreibung, gehen auch die Meinungen der Gelehrtesten so auseinander, daß in Kürze der Punkt erreicht wird, an dem mit objektiven wissenschaftlichen Methoden nicht mehr geklärt werden kann, welcher Standpunkt der richtigere ist: Da beginnt, genau wie beim weniger Gebildeten und weniger Erfahrenen, das Reich der Weltanschauung und der Kirchen. Um das Verantwortungsgefühl des Teiles der Wählerschaft zu schärfen, dem im Einzelfall eine so schwerwiegende Entscheidung übertragen ist, wäre zu überlegen, ob die Stimmabgabe zwar geheim, aber namentlich erfolgen sollte, mit der Maßgabe, daß die Geheimhaltung auf zwölf oder zwanzig Jahre beschränkt wird. Eine weitere Sicherung würde in der Bestimmung liegen, daß Entscheidungen der Wählerschaft erst Gesetzeskraft erlangen, wenn sie in den zwei folgenden Jahren von der Wählerschaft noch einmal bestätigt werden.

Die mit Recht gerügten Gefahren demagogischer Propaganda für die Volksentscheide der Weimarer Republik würden bei den hier vorgeschlagenen Abstimmungen bis zur Bedeutungslosigkeit vermindert. Wenn zu gleicher Zeit der Wahlgemeinschaft A die Frage X, der Wahlgemeinschaft B die Frage Y gestellt würde usw., so wäre es fast unmöglich, gleichzeitig für jede dieser Fragen demagogische Feldzüge in Presse, Rundfunk und Fernsehen zu führen.

Für den Wert von Sachentscheidungen der Wähler hat sich auch *Kirchheimer* in seiner Besprechung über *Fromme* (Neue Politische Literatur, 1960, Spalte 1103) eingesetzt und dabei ausgeführt, daß die Intentionen der entsprechenden Regelungen der Weimarer Verfassung leider durch eine einschränkende Interpretation der Wissenschaft und der bürokratischen Praxis verdorben worden wären.

Die von *Rüstow* so eindringlich verkündete Pflicht eines jeden, um seine aktive gestaltende Freiheit ständig bemüht zu sein, kann nur lebendig empfunden werden, wenn den Wählern regelmäßig eine bessere Chance zur Mitmacht geboten wird als bisher. Auch die aktive Freiheit bedarf der Pflege und Übung, wenn sie nicht verkümmern soll. Das einigende Wort, das der Westen dem Osten entgegenstellt, ist „Demokratie“. Es bedarf laufender Anstrengungen, um die unserer Zeit mögliche Annäherung der Demokratie an ihr Urbild zu erkennen und durchzusetzen. Wegen der Schlüsselstellung des Wortes „Demokratie“ für unsere westliche Welt verpflichtet uns dieses Wort. „Gegenüber der Faszination der normativen Kraft des Faktischen ist es Sache der Wissenschaft, an die normative Kraft des Normativen zu erinnern<sup>10)</sup>.“

Zur Gesundung des politischen Selbstbewußtseins der Deutschen kann das Wirtschaftswunder viel tun, aber nicht alles. Wenn es den Deutschen gelingt, die Grundgedanken der Demokratie besser und moderner zu verwirklichen als es in den westlichen Ländern geschehen ist, so könnte das den Deutschen die notwendige politische Selbstsicherheit geben, die ihnen bisher noch fehlt und die sie gegen Ost und West benötigen<sup>11)</sup>. Das auf so vielen Gründen beruhende Scheitern der fortschrittlichen und kühnen Weimarer Verfassung und ihres Staates gibt keine Rechtfertigung für die Bundesrepublik, die demokratische Komponente zum Notventil zu degradieren, das den Machtübergang zwischen zwei oligarchischen Apparaten regelt.

Trotz der Wahlwirksamkeit von Maßnahmen zur Förderung der demokratischen Komponente wird es den Parteiführungen schwerfallen, sich dafür einzusetzen, den Wählern mehr Entscheidungsrecht einzuräumen. Der Wunsch nach der Macht möge jedoch eine der großen Parteien verleiten, sich für eine sinnvolle Stärkung der demokratischen Komponente einzusetzen. Auf längere Sicht gesehen wird die Wählerschaft so schlau sein, das zu honorieren. Sollten beide Parteiführungen darauf verzichten, der Wählerschaft eine zeitgemäße Reform ihrer Rechte anzubieten, so wird die verlierende Parteiführung später dem Vorwurf standhalten müssen, daß sie diese wahlwirksame Maßnahme unterlassen hat.

Wenn die politischen Parteien durch die so drängenden Aufgaben des Tages gehindert werden, entscheidende Maßnahmen gegen die oligarchische Auszehrung der Demokratie zu erkennen und durchzuführen, so bleibt nur die Hoffnung, daß sich ein Kreis zusammenfindet, der die auf lange Sicht notwendige Stärkung der demokratischen Komponente vorbereitet. Es wäre zu hoffen, daß eine unabhängige Organisation entsteht, die sich dieses Anliegens annimmt — eine Organisation, die ihre einzige Aufgabe darin sieht, die Meinung und den Willen ihrer Mitglieder in der beschriebenen Arbeitsteilung zu ermitteln und eine öffentliche Meinung neuer Art zum Ausdruck zu bringen.

10) Wilhelm Hennis, a. a. O., S. 52.

11) Paul Sethe „Republik der versäumten Gelegenheiten“, im Sonderheft „Magnum“, Bilanz der Bundesrepublik, 1961, S. 46.